

Mündliche Anfragen

für die Fragestunde der 42. Sitzung des Landtags Rheinland-Pfalz

am Donnerstag, dem 28. Februar 2008

1. Abgeordnete

**Peter Wilhelm Dröscher,
Friederike Ebli und
Marianne Grosse (SPD)**

Pflegestützpunkte

Im Rahmen des Modellvorhabens des Bundesgesundheitsministeriums „Werkstatt Pflegestützpunkt“ wird die Beratungs- und Koordinierungsstelle in Ingelheim seit Januar dieses Jahres zu einem der bundesweit ersten Pilotpflegestützpunkte ausgebaut. Die Pflegestützpunkte sollen die Beratung und Unterstützung von pflegebedürftigen Menschen verbessern, indem das Wissen und die Erfahrung aller an der Pflege beteiligten Träger wohnortnah gebündelt werden.

Vor diesem Hintergrund fragen wir die Landesregierung:

1. Welche Position nimmt die Landesregierung gegenüber den vom Bundesministerium für Gesundheit vorgeschlagenen Pflegestützpunkten ein?
2. Werden nach Auffassung der Landesregierung durch die Errichtung von Pflegestützpunkten Parallel- oder Konkurrenzstrukturen zu den Beratungs- und Koordinierungsstellen in Rheinland-Pfalz errichtet?
3. Welche weitergehenden Angebote können Pflegestützpunkte nach dem Modell des Bundesministeriums für Gesundheit gegenüber den Beratungs- und Koordinierungsstellen machen?
4. Wie bewertet die Landesregierung den Vorschlag, pflegebedürftigen Menschen und ihren Angehörigen durch Beratungsgutscheine Angebote der Beratung zu eröffnen?

2. Abgeordneter

Michael Billen (CDU)

Finanzierung des Ausbaus des Nürburgrings zum Freizeit- und Businesszentrum

Ich frage die Landesregierung:

1. Welche Sicherheit besteht nach Auffassung der Landesregierung für die Einhaltung der mit 215 Millionen Euro veranschlagten Kosten des Ausbaus des Nürburgrings zu einem ganzjährigen Freizeit- und Businesszentrum?
2. Für welche Investitionssummen und Projektteile konnten zum gegenwärtigen Zeitpunkt private Investoren und Refinanzierungspartner vertraglich verbindlich verpflichtet werden?
3. Wird die Gesamtsumme der Investitionen, die nicht durch private Investoren oder Refinanzierungspartner aufgebracht oder garantiert sein wird, durch die Nürburgring GmbH aufzubringen oder zu refinanzieren sein?
4. Mit welchen Mitteln wird oder muss das Land Rheinland-Pfalz zum gegenwärtigen Zeitpunkt und in der Folgezeit als Hauptanteilseigner der Nürburgring GmbH zur Finanzierung der Investitionsmittel beitragen, die nicht durch private Investoren aufgebracht oder refinanziert werden können?

**3. Abgeordnete
Nicole Morsblech und
Werner Kuhn (FDP)**

Unterrichtsbeobachtungen der AQS

Wir fragen die Landesregierung:

1. Trifft es zu, dass bei Unterrichtsbeobachtungen der AQS ADD-Referenten aus dem besuchten ADD-Bezirk der betroffenen Schulart kamen?
2. An welchen allgemeinbildenden bzw. berufsbildenden Schulen in Rheinland-Pfalz kam der entsprechende ADD-Referent des Evaluationsteams aus dem zuständigen ADD-Bezirk der betroffenen Schulart?
3. Welche schulartspezifischen Qualifikationen weisen die AQS-Referenten bzw. Koreferenten auf?
4. Wie wird sichergestellt, dass bei der Evaluation einer Schule ausschließlich ein der Schulart entsprechend qualifizierter AQS-Referent eingesetzt wird?

**4. Abgeordneter
Gerd Schreiner (CDU)**

Haltung der Landesregierung zu Forderungen nach Einschränkung der Kinderfreibeträge und des Ehegattensplittings

Ich frage die Landesregierung:

1. Teilt die Landesregierung die Vorstellungen aus einer familienpolitischen Fachgruppe des SPD-Bundesverbandes, jüngst vorgetragen durch den niedersächsischen Landtagsabgeordneten Jüttner, die Freibeträge für die Erziehung von Kindern im Steuerrecht zu kappen?
2. Teilt die Landesregierung Vorstellungen aus dem gleichen Papier der SPD-Fachgruppe, das Ehegattensplitting einzuschränken?
3. Waren die Mitglieder oder Vertreter der Fachministerien des Landes an der Verfassung dieses Papiers beteiligt?
4. Wie schätzt die Landesregierung die geforderte Einschränkung der steuerlichen Freibeträge für Kinder und die Einschränkung oder gar Abschaffung des Ehegattensplittings vor dem Hintergrund des geltenden Verfassungsrechts ein?

**5. Abgeordnete
Ruth Leppla und
Heribert Heinrich (SPD)**

Sozialfonds für Mittagessen an Ganztagschulen

Die Einführung eines Sozialfonds für Mittagessen an Ganztagschulen soll dazu beitragen, dass der finanzielle Anteil von Eltern, die ganz besondere Probleme bei der Eigenbeteiligung am Mittagessen in den Ganztagschulen haben, lediglich einen Euro pro Tag beträgt. Die vom Land bereitgestellten Mittel werden den Landkreisen und kreisfreien Städten sowie dem Katholischen Büro, dem Beauftragten der Evangelischen Kirchen in Rheinland-Pfalz und der Arbeitsgemeinschaft der Freien Waldorfschulen zunächst auf einen formlosen Antrag hin pauschal bewilligt. Ziel ist eine schnelle und unbürokratische Zurverfügungstellung der Mittel. Dieser Sozialfonds des Landes soll damit einen weiteren wichtigen Beitrag zu mehr Chancengerechtigkeit im Bildungswesen leisten.

Vor diesem Hintergrund fragen wir die Landesregierung:

1. Wie sehen die Zahlen hinsichtlich der Abrechnung für das Schuljahr 2006/2007 aus?
2. Wie ist der Stand der Bewilligungen für das Schuljahr 2007/2008?
3. Wie bewertet die Landesregierung die Einrichtung eines Sozialfonds für Mittagessen an Ganztagschulen?
4. Sind der Landesregierung ähnliche Aktivitäten auch aus anderen Bundesländern bekannt?

6. Abgeordnete
Hedi Thelen (CDU)

Weiterhin Unmut wegen Wartezeiten auf das Elterngeld – entgegen der Zusage der Ministerin keine Anträge vor Ort verfügbar

Bereits im Jahr 2007 gab es Unmut bei den Eltern wegen Wartezeiten auf das Elterngeld. Ursache dafür war das zentrale Versendungsverfahren der Landesregierung.

Ich frage die Landesregierung:

1. Warum werden den Kommunen entgegen der im September 2007 von der Ministerin Malu Dreyer gemachten Zusage (Drucksache 15/1487, Nr. 3) nicht ausreichend Elterngeldanträge zur Verfügung gestellt?
2. Warum weist das zuständige Referat des Ministeriums die Elterngeldstellen nach wie vor an, mit den wenigen dort verfügbaren Antragsvordrucken vorsichtig und sparsam umzugehen?
3. Ist der Ministerin bekannt, dass nach wie vor die zentrale Versendung der Elterngeldvordrucke das in Rheinland-Pfalz grundsätzlich vorgesehene Verfahren ist, von dem die Elterngeldstellen nur in Ausnahmefällen abweichen dürfen?
4. Wie wollen das Ministerium und die Ministerin in Zukunft dafür sorgen, dass die durch das zentrale Versendungsverfahren bestehende Wartezeit (in der Regel drei Wochen nach den Erfahrungen regionaler Elterngeldstellen) in Zukunft entfällt?

7. Abgeordnete
Herbert Mertin und
Thomas Auler (FDP)

Finanzielle Situation der Landkreise und kreisfreien Städte (Kreise)

Im Vergleich der finanziellen Situation aller kommunalen Gebietskörperschaften in Rheinland-Pfalz ist diejenige der Kreise besonders desolat. Sie ist auch im Ländervergleich überdurchschnittlich schlecht. Diese Lage resultiert aus zahlreichen zusätzlichen Ausgabebelastungen einerseits sowie mangelnder eigener Einnahmen der Kreise andererseits. Die Finanzierungssalden der Kreise sind für 2006 immer noch stark defizitär. Das strukturelle jährliche Defizit der Kreise beläuft sich auf rund 150 Millionen Euro. Die Höhe der Kassenkredite steigt stetig an.

Wir fragen die Landesregierung:

1. Wie beurteilt die Landesregierung die finanzielle Situation der Kreise grundsätzlich?
2. Welche Möglichkeiten – außer der weiteren Erhöhung der Kreisumlagesätze – sieht die Landesregierung für eine strukturelle, nachhaltige und aufgabenadäquate Finanzausstattung im Rahmen des kommunalen Finanzausgleichs?
3. Wie wird die Landesregierung mit dem sich verschärfenden Problem der Kassenkredite der Kreise umgehen?
4. Wie beurteilt die Landesregierung die Vorschläge des Landkreistages, die Tilgung des Verstetigungsdarlehens zu verlangsamen und den sich daraus ergebenden Betrag der Schlüsselmasse zuzuführen sowie die im Stabilitätsfonds auf 1 % begrenzte Fortschreibung der Finanzausgleichsmasse an die aktuellen Steuereinnahmen anzupassen?

8. Abgeordnete
Fredi Winter und
Michael Hüttner (SPD)

Gästerekord im rheinland-pfälzischen Tourismus

Nach einer Information des Statistischen Landesamtes konnte Rheinland-Pfalz im Jahr 2007 so viele Gäste wie noch niemals zuvor verzeichnen.

Vor diesem Hintergrund fragen wir die Landesregierung:

1. Wie haben sich die Gäste- und Übernachtungszahlen im Jahr 2007 im Vergleich zum Vorjahreszeitraum entwickelt?
2. Wie hoch ist der Anteil ausländischer Gäste und aus welchen Ländern kommen diese?
3. Wie hoch ist der Anteil ausländischer Gäste im Vergleich zu anderen Bundesländern?
4. Welche regionalen Unterschiede bzw. Schwerpunkte gibt es bei der Entwicklung der Anzahl der Gäste und Übernachtungen?

**9. Abgeordneter
Erwin Rüdell (CDU)****Schnelle, preiswerte und flächendeckende Internetversorgung nötig**

Ich frage die Landesregierung:

1. Wie viele Dörfer (nicht Gemeinden) und Gewerbegebiete in Rheinland-Pfalz sind derzeit mit keinem kabel- oder funkgebundenen System für schnelles (DSL 6000-Niveau) und preiswertes Internet verbunden?
2. Welche Maßnahmen hat man derzeit mit den verschiedenen Funk- und Kabelnetzbetreibern eingeleitet?
3. Wann wird das Projekt „Schnelles und preiswertes Internet im ganzen Land“ flächendeckend umgesetzt sein?
4. Wie stellt sich der notwendige eigene Finanzbedarf des Landes zur Umsetzung des Projektes dar?

**10. Abgeordnete
Jeannette Wopperer
(CDU)****Kommunales Wahlrecht für Drittstaatenangehörige**

Ich frage die Landesregierung:

1. Hält die Landesregierung eine Änderung des Artikels 28 GG, durch die in Deutschland lebenden Ausländerinnen und Ausländern, die nicht die Staatsangehörigkeit eines Mitgliedstaates der Europäischen Union besitzen, generell ein kommunales Wahlrecht eingeräumt würde, für vereinbar mit Artikel 79 Abs. 3 GG und wenn ja, warum?
2. Wie kann nach Auffassung der Landesregierung bei der Einführung eines kommunalen Wahlrechts für Drittstaatenangehörige auch weiterhin der Anreiz geschaffen werden, sich wirklich zu integrieren und um die deutsche Staatsbürgerschaft zu bemühen?
3. Wie bewertet die Landesregierung die Gefahr, dass bei der Einführung eines kommunalen Wahlrechts für Drittstaatenangehörige auch islamistische Organisationen wie etwa Milli Görüs bei Kommunalwahlen antreten könnten?

**11. Abgeordnete
Hans Jürgen Noss,
Michael Hüttner und
Harald Schweitzer (SPD)****Bundespolizeiinspektion in Mainz**

Nach Medienberichten gibt es Befürchtungen, dass die Reform der Bundespolizei für die Bundespolizeiinspektion in Mainz negative Folgen haben wird. So soll es in Mainz künftig nur noch ein Revier mit schlechterer Personalausstattung, jedoch mit zusätzlich zu betreuenden Gebieten geben. Diese Entwicklung bedeute weniger Präsenz, eine deutlich höhere Arbeitsbelastung der Beamtinnen und Beamten sowie die Gefahr, in Notfällen nicht mehr flexibel reagieren zu können. Außerdem soll es nach Medienberichten immer noch zahlreiche Bundespolizisten geben, welche immer noch nicht wissen, wie ihr künftiges Arbeitsfeld nach der Reform der Bundespolizei aussehen wird.

Vor diesem Hintergrund fragen wir die Landesregierung:

1. Welchen aktuellen Kenntnisstand hat die Landesregierung bezüglich der geplanten Reform der Bundespolizei an Standorten in Rheinland-Pfalz?
2. Welchen Kenntnisstand hat die Landesregierung bezüglich der Bundespolizeiinspektion in Mainz in diesem Zusammenhang?
3. Welche Möglichkeiten des Dialogs mit dem Bundesinnenministerium nutzt die Landesregierung in der Frage der Reform der Bundespolizei?

**12. Abgeordnete
Anke Beilstein (CDU)****Neue Schulstruktur in Rheinland-Pfalz – aktuelle und zukünftige Rechtslage für Gemeinsame Orientierungsstufen**

Nach bisherigen Aussagen des Ministeriums ist vorgesehen, die geplanten Änderungen zum Schulgesetz erst nach den Sommerferien im Landtag einzubringen. Durch Mitarbeiter des Ministeriums sowie der ADD Trier wurde bei verschiedenen Gelegenheiten an unterschiedlichen Stellen im Land die Information gegeben, dass derzeit Übergangsregelungen erarbeitet werden, die bereits im Vorfeld der Gesetzesänderungen eine Handhabe geben, die Auflösung Gemeinsamer Orientierungsstufen zu verhindern.

Vor diesem Hintergrund frage ich die Landesregierung:

1. Welche Übergangsregelungen (Inhalt, rechtliche Qualität und Bindungswirkung für wen) sind derzeit in Erarbeitung?
2. Welche Voraussetzungen sind bisher für die Auflösung einer Gemeinsamen Orientierungsstufe zu erfüllen und durch wen kann sie beantragt werden?
3. Bis zu welchem Zeitpunkt wird bei Antrag auf Auflösung einer Gemeinsamen Orientierungsstufe dem Antrag noch entsprochen werden?
4. Sofern es sich um eine Gemeinsame Orientierungsstufe zwischen einer Realschule und einem Gymnasium handelt, die Auflösung vom Schulträger beantragt wird und die Unterstützung aus der Elternschaft vorliegt: Welche Versagungsgründe hält die Landesregierung für möglich, die dennoch eine Auflösung ausschließen?

**13. Abgeordnete
Manfred Nink,
Margit Mohr und
Ulla Brede-Hoffmann
(SPD)****ADAC-Schulbustest und Schülerverkehr**

In Deutschland wurden nach ADAC-Angaben 141 Busse untersucht. 18 Schulbusfahrten in Baden-Württemberg, Bayern, Hessen, Niedersachsen und Rheinland-Pfalz wurden durch den ADAC begleitet. An insgesamt 34 Kontrollstellen in Brandenburg, Hessen, Mecklenburg-Vorpommern, Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz, Sachsen und Thüringen hat der ADAC den Schulbustest durchgeführt.

Nach dem Schulgesetz ist es Pflichtaufgabe der Selbstverwaltung der Landkreise und kreisfreien Städte, für die Beförderung der Schülerinnen und Schüler zu sorgen, insbesondere wenn der Schulweg ohne Benutzung eines Verkehrsmittels nicht zumutbar ist. Es sollen Schulbusse eingesetzt werden, wenn zumutbare öffentliche Verkehrsverbindungen nicht bestehen.

Wir fragen die Landesregierung:

1. Wie beurteilt die Landesregierung die Ergebnisse des vom ADAC durchgeführten deutschlandweiten Schulbustests für das Land, insbesondere hinsichtlich der Repräsentativität der Stichproben?
2. Welche technischen Untersuchungen sind für Busse im Land beim Schülerverkehr verpflichtend vorgeschrieben?
3. Wie beurteilt die Landesregierung kreisspezifische Lösungen beim Schülerverkehr, etwa die Möglichkeit einer Anmietung, das heißt von den Schulträgern angemietete Schulbusse, die ausschließlich zur Beförderung zum und vom Unterricht eingesetzt werden?
4. In welchem Umfang wird nach Kenntnis der Landesregierung die Möglichkeit von Landkreisen und kreisfreien Städten im Land genutzt, die gesetzlich mögliche Stehplatzausnutzung in Bussen selbst zu reduzieren?

14. Abgeordnete
Monika Fink,
David Langner,
Norbert Stretz und
Thorsten Wehner (SPD)

Impfstoff und Impfung gegen die Blauzungenkrankheit

Die Bauernverbände haben Anfang des Jahres nochmals an die Hersteller von Impfstoffen appelliert, dass gegen die Blauzungenkrankheit ein Impfstoff zur Verfügung gestellt werden müsse. Die Länder sollten den Impfstoff zügig und verbindlich bestellen und eine Verteilung an die betroffenen Betriebe sicherstellen. In einem gemeinsamen Verfahren der Länder wurde eine Ausschreibung für einen Impfstoff gegen die Blauzungenkrankheit auf den Weg gebracht. Das Bundeslandwirtschaftsministerium hat nun mitgeteilt, dass der angestrebte Zeitplan für eine Impfung eingehalten würde und auch bis Mitte Mai 2008 Impfstoffe verschiedener Hersteller vorliegen könnten. Es ist im Interesse der Landwirtschaft, dass möglichst früh mit einer Impfung begonnen werden kann.

Wir fragen die Landesregierung:

1. Wie ist nach Kenntnis der Landesregierung der Stand der Ausschreibung für einen Impfstoff gegen die Blauzungenkrankheit?
2. Geht die Landesregierung davon aus, dass der für die Impfung vorgesehene Zeitraum eingehalten werden kann?
3. In welchem Zusammenhang steht der geplante Feldversuch mit der Ausschreibung der Impfstoffe?
4. Wer wird für die geplanten Impfungen im Land die Kosten übernehmen bzw. tragen?

15. Abgeordneter
Gerd Schreiner (CDU)

Abwahl des ärztlichen Direktors am Universitätsklinikum Mainz

Ich frage die Landesregierung:

1. Welche Rolle spielte das Erneuerungskonzept bei der Abwahl des bisherigen ärztlichen Direktors Professor Galle?
2. Hat die personelle Änderung eine Änderung im Erneuerungskonzept zur Folge, wenn ja, welche?
3. Für welche Amtszeit ist der neue ärztliche Direktor gewählt?
4. Wie beabsichtigt die Landesregierung nach Inkrafttreten des von ihr eingebrachten Universitätsmedizingesetzes mit reformiertem Klinikvorstand, mit dem Amt des jetzt neu gewählten ärztlichen Direktors zu verfahren?

16. Abgeordneter
Hans-Josef Bracht (CDU)

Kreditfinanzierte Haushaltsrücklagen

Ich frage die Landesregierung:

1. Wie beurteilt die Landesregierung die inzwischen mehrfach vorgetragenen verfassungsrechtlichen Vorbehalte des Rechnungshofs Rheinland-Pfalz gegen die Bildung von Haushaltsrücklagen bei gleichzeitiger Nettoneuverschuldung?
2. Hat die Landesregierung solche Rücklagen in voller Kenntnis und in vollem Bewusstsein der exemplarischen Bedeutung des Urteils des Verfassungsgerichtshofs Nordrhein-Westfalen, auf das der Rechnungshof mehrfach deutlich hingewiesen hat, gebildet?
3. Welche Gründe erlauben nach Auffassung der Landesregierung die Bildung von Haushaltsrücklagen bei gleichzeitiger Neuverschuldung bei Beachtung des Gebotes der Wirtschaftlichkeit?
4. Welche Einsparung von Zinszahlungen hätte nach Einschätzung der Landesregierung im Jahr 2007 der Verzicht auf die Bildung von Rücklagen für die Folgejahre erbracht?

17. Abgeordneter
Gerd Schreiner (CDU)

Finanzsituation in den großen Städten

Ich frage die Landesregierung:

1. Wie hoch sind die aktuellen Haushaltsdefizite und Altfehlbeträge in den Städten Mainz, Koblenz, Trier, Kaiserslautern und Ludwigshafen?
2. Wie will die Landesregierung das Thema der Altfehlbeträge behandeln?
3. Welche Möglichkeiten sieht die Landesregierung zur Umwandlung in langfristige Kredite?

18. Abgeordnete
Marlies Kohnle-Gros
(CDU)

Bande soll Kinder zu Einbrüchen geschickt haben

Ich frage die Landesregierung:

1. Trifft eine Meldung aus der „Rheinpfalz“ vom 15. Februar 2008 zu, nach der Mitglieder einer international operierenden Bande, die Kinder zur Begehung von Wohnungseinbrüchen trainiert hat, in Ludwigshafen ansässig sind?
2. Gehen auch Straftaten in Rheinland-Pfalz auf das Konto der Bande?
3. Wie alt sind die Kinder und wie ist zu erklären, dass sie nicht zur Schule gingen bzw. dass die Einhaltung der Schulpflicht nicht überwacht wurde?

19. Abgeordneter
Gerd Schreiner (CDU)

Vorschläge des Bundesfinanzministers für eine Schuldenbremse

Ich frage die Landesregierung:

1. Wie beurteilt die Landesregierung die Überlegungen des Bundesfinanzministers, künftig eine Neuverschuldung des Staates nur noch in Höhe von 0,5 % des Bruttoinlandsproduktes zuzulassen, wobei Überschreitungen dieses Rahmens in einem Jahr in den folgenden Jahren wieder ausgeglichen werden müssen?
2. Hält die Landesregierung die Konsolidierung des Landeshaushaltes, die bei einer solchen Regelung als Beitrag des Landes Rheinland-Pfalz erforderlich wäre, vor dem Hintergrund des aktuellen Niveaus der Neuverschuldung des Landeshaushaltes für leistbar?
3. Teilt die Landesregierung die prinzipielle Ablehnung dieses Vorschlages durch die rheinland-pfälzische Bundestagsabgeordnete Andrea Nahles oder durch den Bundestagsabgeordneten Karl Lauterbach?
4. Welche Höhe der Pro-Kopf-Verschuldung des Landes oder der Belastung der jährlichen Steuereinnahmen des Landeshaushaltes incl. Finanzausgleich und Bundesergänzungszuweisungen durch Zinszahlungen oder eines vergleichbaren Indikators führt nach Auffassung der Landesregierung zu einer Haushaltsnotlage, die ohne Sonderhilfen von Bund und Ländern oder andere außerordentliche Maßnahmen nicht zu beseitigen wäre?